

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
(Samstags 2 Blätter und das Sct. Quirinus-Blatt.)
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pfg. = 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: A. Hansen.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend eingegeben; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pfg. = 1 1/2 Sgr.
Bei größeren Annoncen entsprechender Rabatt.

Abonnements für den Monat März.

zu 1/2 des Quartalspreises, können bei allen Postanstalten,
bei unsern Boten, sowie in der Expedition angemeldet
werden.

Gesellschaft für Buchdruckerei:
Joseph Broig.

Deutschland.

□ Berlin, 1. März. Auf das Urtheil der Conser-
vativen über die Kirchenvorlage dürfte man um so
gespannter sein, als sie ja im Herren- und auch im Abge-
ordnetenhaus bei der Beratung den Ausschlag geben. Die
freiconservativen und nationalliberalen Kulturkämpfer haben
die Vorlage gebilligt, gewiß das beste Zeugnis gegen sie.
Heute bringt nun die Kreuzzeitung einen ersten Artikel über die
Vorlage, der neben manchen falschen auch richtige Anschauun-
gen enthält, aber immerhin zeigt, wie wenig man auf conser-
vativer Seite Sinn für volle kirchliche Freiheit hat, die
doch andererseits auch in dem Antrage Hammerstein für
die protestantische Landeskirche erstrebt wird. Das conser-
vative Blatt irrt zunächst, wenn dasselbe die Frage als
„zweifelhaft“ bezeichnet, ob die Vorlage lediglich eine
„neue Nummer“ in der Reihe kirchenpolitischer Novellen oder
der „Abklärung der Revision“ sei. Auf katholischer Seite
hersticht darüber gar kein Zweifel, daß wir es hier mit kei-
nem Abschluß, sondern bloß mit einer Novelle wie die frühe-
ren zu thun haben. Derselben Meinung ist auch offenbar
der „Moniteur de Rome“, welcher nach seinen Zeitbüchern
jetzt im Besitze des Textes unserer Vorlage am ersten Tage über
die Vorlage gefälltes Urtheil auszusprechen wiederholt. Die
Vorlage läßt auch in der That nicht nur viele für die Kirche
unannehmliche Bestimmungen der kaiserlichen Gesetzgebung
fortbestehen, sondern manche ihrer angeblichen Concessionen
selbst sind für das Centrum unannehmbar. Ebenso können
wir der Meinung der Kreuzzeitg. nicht zustimmen, daß diese
Vorlage schon das letzte Wort in Betreff der Vorbildung
der Geistlichen sei. Auch die Bischöfe von Culin und Gnesen-
Posen haben ein Recht auf die Erziehung ihres Clerus in
eigenen Seminaren, und dasselbe gilt von den Oberbischöfen,
in deren Sprengel Staatsuniversitäten bestehen. Für beide
Bilder das Recht, ihre Jünger in Seminaren anderer Dis-
tricten schicken zu dürfen, keinen vollen Ersatz für das ihnen
zustehende Recht freier Erziehung des Clerus unter ihren
eigenen Augen. Ebenfalls wird sich die Kirche der Anzeige
bei Bestellung von Pfarrverwesern fügen. Solche An-
zeige besteht nirgends in der Welt, sie ist durch das Breve
Apostolicum an den Erzbischof von Köln förmlich ausgeschlos-
sen, und der Pfarrverweser muß im Interesse der freien Ju-
risdiction der Bischöfe unbedingt frei von jedem Einflusse
des Staates sein. Der Fortfall des Zwanges zur Pfänd-
denbesetzung binnen Jahresfrist genügt als Widerung nicht,
denn Pfändgeistliche können jeden Augenblick in den Verdacht
kommen, sich „ein Amt anzumessen“ und dann nebst dem
Bischöfe hohen Geld- und Gefängnisstrafen verfallen. Aller-
dings ist die Kreuzzeitg. geneigt, diese Strafbestimmun-
gen event. fallen zu lassen, aber mit welchem Rechte kann
das conservative Blatt, in solchen Fällen der „Beschlag-
nahme des Vermögens der Stelle“ das Wort reden. Eigen-
thümerin desselben ist die Kirche, Kupferer müßte doch der
sein, der die Arbeit versteht. Bei Socialdemokraten würde
uns die Empfehlung der „Beschlagnahme“ nicht wundern;
aber wie ein Blatt, das sich conservativ nennt, dazu kommen
kann, ist uns unerklärlich. Ungutreffend ist ferner auch, was
das Blatt über die Bestimmungen der Vorlage in Betreff
des Einflusses sagt. Die Kreuzzeitg. meint die kaiserlichen
früheren Bestimmungen über den Einfluß seien in der
Vorlage durch „eine Klarere und die Gründe, auf welche
der Einfluß gestützt werden könne, wesentlich einschränkende
Fassung ersetzt.“ Es wird also jetzt wieder das frühere
Mandats wiederholt, den Einfluß als eine Bagatelle und
Kleinigkeit hinzustellen. Eine „Klarere“ Fassung vermessen
wir in den Worten „bürgerliches und staatsbürgerliches Ge-
biet“ vollständig. Diese Ausdrücke sind im Gegentheil so
dehnbar, daß darunter alles subsumirt werden kann, zumal
der Einfluß von protestantischen Oberpräsidenten ausgeübt
wird ohne Mitwirkung von Katholiken. Wir wollen aber
volle Klarheit und das Verfahren des Oberpräsidenten

in Posen zwingt zur größten Vorsicht, zumal die Bischöfe in
vielen Fällen des lieben Friedens willen Conflict zu ver-
meiden bestrebt sein werden. Bierschlag würde der Einfluß
gerade die eifrigsten Priester treffen. Diese darf aber die
Kirche nicht solchen Gefahren aussetzen.

□ Berlin, 1. März. Für die vier hiesigen Ersatz wä-
hlen, in welchen vier Freisinnige mit einem Socialisten und
drei Mischmascandidaten zu kämpfen haben, machen die
Cartellblätter alle menschenmöglichen Anstrengungen. Selbst
das Kreuzzeitungsblatt wird nochmals an die Wand gemalt, um
den Weibspolitiker gruselig zu machen, und die päpstlichen
Noten müssen zur Propaganda für den Major Blume her-
halten! Gleichzeitigt ist man neue Fabeln auf. So schreibt
man, Herr Bischof Kopp solle im Herrenhause der Regie-
rung den Dant Roms für das „Entgegenkommen“ ausdrücken
und die Mehrheit des Centrums für das Septennat gewin-
nen. Wie es mit dem „Entgegenkommen“ der Regierung
aussteht, weiß man aus der in jeder Beziehung ungenügenden
kirchenpolitischen Vorlage. Sie kann nicht als Einlösung des
von der Regierung gegebenen Versprechens angesehen werden.
Sicher wird der Herr Bischof von Fulda als höflicher
Mann der Regierung für das Gebotene danken, aber sicher
ist auch, daß er dasselbe nicht als genügend bezeichnen kann.
Was aber die „Befehrung“ des Centrums für das Septen-
nat anlangt, so ändern charaktervolle Volksvertreter ihre
wohlwollende Anschauung doch nicht gleich der Wetterfahne;
ausschlaggebende Gründe zu Gunsten des Septennats sind
aber bisher nicht beigebracht worden. Man ist ebenso der
Ueberzeugung, daß der Hoffnung des Papstes auf politische
Dankbarkeit die erforderliche Voraussetzung fehle; in der
That erscheint Fürst Bismarck überall als Real- und Inte-
ressenpolitiker, der von sentimentaler Dankbarkeit nie „ange-
kränkt“ gewesen ist. Was man in gewissen Kreisen für eine
Rolle von den katholischen Bischöfen erwartet, zeigt die That-
sache, daß die „Post“ die katholischen Oberbischöfen durch den
Sommeraleid verpflichtet hält, dem Clerus die Agitation
für Centrums кандидaten zu verbieten. Das ist ja eine echt
russische Theorie! Was in Berlin sonst noch möglich ist,
zeigt die Ausweisung Hans v. Bülow's gestern aus dem
Opernhause. Der geniale Künstler hatte für sich und Ge-
mahlin ein Billet zum Besuch der ersten Vorstellung der neuen
Oper Merkin durch den Componisten befohlen lassen, wurde
aber vom Portier mit dem Vermerken aus dem Hause gewie-
sen, daß ihm das Betreten des Opernhauses untersagt sei.
So berichtet die „Nat.-Ztg.“, welche dieses Vorgehen mit Recht
auf das schärfste tadelt und verurtheilt. Welche Zustände
das — fragt man sich unwillkürlich.

□ Berlin, 1. März. Die gouvemenentalen und cultur-
kämpferischen Organe haben schon wieder einen neuen Gegen-
stand ihrer Heuchelei gefunden: sie beginnen sich zu „entsetzen“
über die schlechte Aufnahme, welche der neue kirchenpolitische
Entwurf bei der katholischen Presse allgemein findet, und
suchen auch darin bereits wieder — Autoritätswidriges zu
finden. Dem gegenüber schreibt der Germania, d. d. Rom
26. Februar ein römischer Correspondent:

„Die Haltung der Centrumspresse gegenüber der neuen
kirchenpolitischen Vorlage findet man hier vollständig gerecht-
fertigt. Denn es muß hervorgehoben werden, daß die Vo-
rlage auch der Vatican nicht befriedigen kann. Man hegt
hier die Zuversicht, daß die katholischen Herrenhäuser Mitglieder
in der Commission Abänderungsvorschläge stellen werden, um
die Form und den Inhalt der Vorlage zu verbessern. Es
ist auch Grund anzunehmen, daß Monsignore Kopp bereits
Instruktionen aus Rom erhalten hat, damit er seine parla-
mentarische Thätigkeit in dieser Richtung geltend mache. In
Kreisen, die den v. Schöller nahe stehen, behauptet man so-
gar, die preussische Regierung habe dem Vatican bestimmte
Zusicherungen in Betreff einer günstigeren Gestaltung der
Vorlage in der Commission gemacht, und es werde ein ähn-
licher modus procedendi eingehalten werden wie beim letzten
Reich, das ja auch erst dann für den Vatican und das Cen-
trum annehmbar wurde, als die Amendements des Herrn
Bischofs von Fulda berücksichtigt worden waren.“

Ueber diesen modus procedendi, so bemerkt das Blatt
weiter, behalten wir uns noch ein Wort vor. Für jetzt sind
die Anfangszeiten der Correspondenz am wichtigsten, daß der
Entwurf auch im Vatican nicht befriedigt, was übrigens
nach katholischen Grundsätzen und nach positiven Anse-
hungen bei den früheren kirchenpolitischen Verhandlungen
ganz selbstverständlich ist. Auch der „Moniteur de
Rome“, welcher jetzt Wortlaut und Motive des Gesetzentwurfs
kennt, kündigt mehrere Amendements des Herrn Bischofs
Dr. Kopp an zum Zwecke einer „ernten Verbesserung“
(sérieuse amélioration) des Gesetzentwurfs.

— Die Wahlcuria, schreibt die „Frankf. Ztg.“ die
jetzt die Spalten der Blätter mit reichem Stoff versehen,
tragen zwar vorwiegend dem Bedürfnis nach Feinheit durch
freiwillige und unfreiwillige Comil Rechnung, es fehlt aber
auch an solchen nicht, die zu recht ernsten Gedanken anzu-
regen vermögen. Eines davon sei hier mitgeteilt. In dem

Wahlkreise Magdeburg-Altweilener war dem Centrums-Candi-
daten Kochmann, der das Mandat seit 1874 im Besitze hat,
ein regierungsfreundlicher Bewerber mit dem hohen Drei-
klang Septennat, Katholik und Landrath entgegengesetzt
worden, und es kam zunächst darauf an, für diese Candidatur
zahlreiche Unterschriften angesehener Wähler des Kreises zu
gewinnen. Wie das gemacht wird, weiß man; eine Liste
geht von Haus zu Haus, und wer setzt nicht gern seinen
Namen darunter, wenn es für den Herrn Landrath ist? Der
Herr Landrath ist ja ein braver Mann, der das Vertrauen
der Bürger verdient, und wer möchte ihn durch Verfassung
desselben kränken wollen? So dachten auch die Bürger des
bei Urdernach gelegenen Städtchens Breisig und unterzeich-
neten, 36 angesehene Personen an der Zahl, den Aufruf, der
die Wähler aufforderte, im Interesse von Kaiser, Papst und
Reich für den Herrn Landrath von Grote zu stimmen. 36
Namen guten Klanges aus einem kleinen starkkatholischen
Ortchen — welcher Jagdschlag in das Feld des Centrums!
konnte man denken. Der Wahltag kam für Deutschland und
auch für Breisig, aber welches Wunder entstieg dort dem ver-
schwiegene Schooße der Urne! Alle Stimmen bis auf
sechs für den Centrumsmann, die 6 aber gehörten dem Hrn.
Landrath. Und die andern dreißig? Sie waren bei der Hand
gewesen, als es galt, öffentlich Farbe zu bekennen, aber
bei der geheimen Stimmabgabe kam die wirkliche Couleur
zu Tage und diese war nichts weniger als landrathlich. Und
die Moral davon? Die Unmoral des Unterschriftenjammerns
für eine der Regierung genehme Candidatur, für einen Man-
datsbewerber, nach dessen Gunst oder Ungunst die Leute
fragen zu müssen sich einbilden. Diese Unmoral ist nichts
Spezielles des Städtchens Breisig, man trifft sie überall im
deutschen Reich, aber eine so drastische Belandung, wie in
dem rheinischen Orte, findet sie selten, und deshalb verdienen
die Breisiger den Ruhm, die Welt über eine Wahlmani-
pulation aufgeklärt zu haben, die bekundet, wie Landraths-
candidaturen entstehen und — vergehen!

— Der in Brüssel erscheinende russisch-officiöse „Nord“ ver-
öffentlicht einen neuen Brief aus St. Petersburg, welcher die
früheren Mittheilungen über die Politik Russlands bestätigt.
Russlands Rolle sei es, so wird in dem Briefe angeführt, für
die Erhaltung des Friedens Sorge zu tragen. Keine Macht
könne etwas unternehmen, ohne zu wissen, auf welche Seite
Russland sich stellen werde. Es würde bloß genügen, Frank-
reich die Unterstützung zu versprechen oder Deutschland die
Versicherung zu geben, Russland werde bei einem deutsch-
französischen Conflict vollständige Neutralität bewahren, um
die eine oder andere Macht zum Kriege zu ermutigen. Rus-
sland wolle eine Zurückhaltung beobachten, um das europäische
Gleichgewicht, welches so bedroht erscheine, zu erhalten.
Darum werde Russland bei Deutschland keinen Schritt unter-
nehmen, um es zu einer Wendung zu Gunsten Russlands in
der bulgarischen Frage zu bestimmen. Der „Nord“ selbst
weist in einem eigenen Artikel die Behauptung deutscher
Blätter, daß der Zweck des vorigen St. Petersburger Briefes
die Aufhebung Frankreichs gegen Deutschlands gewesen sei,
als „absurd“ zurück; allein das Brüsseler Organ der russischen
Regierung vergißt, daß auch die Blätter anderer Länder ähn-
liche Ansichten entwickelt haben.

□ Berlin, 2. März. Die „N. A. Ztg.“ meint, die elässige
Bevölkerung habe protestantisch gewählt, um jenseits der Vo-
gen einen guten Eindruck zu machen und die französischen
Truppen, welche man nächstens im Lande zu sehen fürchte,
zur Milde zu stimmen, während man von der Gutmuthigkeit
der deutschen Soldaten nichts zu fürchten brauche. (Auch ein
Erklärungsversuch!) — Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Auf dem
gestrigen Ball beim chinesischen Gesandten soll der französische
Botschafter Herbet bezüglich der politischen Lage gesagt ha-
ben: „Das Gewitter ist vorbei, man kann die Regenschirme
zu machen.“ (N. Ztg.)

— Eine neue Biersteuere. Dem nationallibe-
ralen „Hamburgischen Correspondenten“ wird aus Berlin
„aus guter Quelle“ geschrieben, daß Finanzminister von
Scholz die Einführung einer Biersteuere auf der
Grundlage eines im Novemberheft der „Deutschen Revue“
1886 veröffentlichten Planes für möglich und durchführbar
erklärt habe. Der Reichstag werde sich vielleicht alsbald mit
der Materie zu beschäftigen haben. Nach dem Vorschlag soll
die Biersteuere etwa 1—2 Pfg. pro Liter be-
tragen, was — da der Bierconsum im deutschen Reich ge-
wöhnlich nach statistischen Aufstellungen auf mehr als 4 Milliar-
den Liter im Jahre beläuft — eine Einnahme von ca. 40
bis 60 Millionen Mark ergeben würde. Die Steuer soll
beim Empfang der Bierlieferungen von den
Zwischenhändlern oder den Gastwirthen durch das
betreffende Bezirkssteueramt erhoben werden.

Officiös wird die Nachricht indessen bestritten.
— Eine Art Privatmonopol soll nach dem „Börsen-
Courier“ mit der neuen Branntweinconsumsteuer ver-
bunden werden. „Die jetzigen Branntwein-Brennereien sollen
bestehen bleiben, neue nur auf Grund staatlicher Concession

errichtet werden, welche erst bei nachgewiesenem Bedürfnis zu erteilen ist. Die bestehenden Brennerien will man in der Production begrenzen, also eine Contingentierung einführen. Es entspricht dieser Vorschlag bekanntlich den Absichten der Regierung, die sie im Jahre 1888 verabschiedet ließ, ebenso wie den damaligen Plänen der Conservativen.

Miquel als Minister für neue Steuern. Nach einem Telegramme des officiellen Wiener Fremdenblattes aus Berlin soll Miquel zum Finanzminister berufen werden, um „als liberaler Minister“ die Kassen aus dem parlamentarischen Feuer hervorzuholen.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ des Hrn. Victor Schweinburg rühren wieder die Kriegstrommel mit 241 Waggonladungen Bretter und fahren dann fort:

„Aus zuverlässiger Quelle hören wir ferner, daß in neuester Zeit an einheimische Röhrenwaizerwerk-Besitzer für französische Rechnung Aufträge für beträchtliche Quantitäten von Stahlröhren von einem bestimmten Durchmesser ergangen sind. Die Thatfache ist unseres Erachtens nicht ohne Bedeutung, da solche Röhren zur Herstellung von Hülsen für Sprenggeschosse gebraucht werden. — Auf der französischen Ost- und Nordbahn wird rollendes Material an einzelnen Punkten zu größeren Wagenparcs vereinigt. Auch wird seit einigen Tagen die Ueberführung der französischen Güterwagen nach den Reichslanden auffallend beschleunigt, namentlich werden Wagen guter Qualität zurückgehalten. — In Belfort haben die Abholungen der Glacis begonnen, Arbeiten, die gewöhnlich nur vorgenommen werden, wenn der Krieg als unmittelbar bevorstehend betrachtet wird.“

Bei den „Abholungen“ der Belforter Glacis könnte es sich um eine Befestigung des dichten Unterholzes handeln, eine Arbeit, wozu der Winter eine gute Zeit ist. Vielleicht wird dasselbe Geschäft jetzt auch in irgend einer preussischen Festung vorgenommen. Die „Anhäufung“ der Wagenparcs wird sich, wenn sie stattfindet, aus dem zu gewissen Jahreszeiten anschwellenden oder nachlassenden Verkehr ergeben, und die Stahlröhren rangieren in gleicher Reihe mit der Pileinfäule und dem Schwefeläther.

Da am 2. März die Stichwahlen zu Ende gehen, wird es nun hoffentlich auch mit dem Kriegstamam aufhören.

Posen, 28. Febr. Der Staatspfarrer Kymarowicz zu Gr. Gzypsko hat, wie der „Diennit Pozn.“ mittheilt, auf seine Pfarrstelle resignirt und seine Resignation bereits an den Erzbischof eingeleitet. Da bekanntlich auch der Staatspfarrer Kucbegal resignirt hat und nur noch Verhandlungen wegen der Entschädigung desselben schweben, so verbleiben in der Erzdiocese Posen-Gnesen nunmehr nur noch zwei Staatspfarrer: Brent in Kosten und Litz in Schroz.

Breslau, 28. Febr. Zu den polnischen akademischen Vereinen, welche im vorigen Jahre aufgelöst wurden, gehörten auch mehrere derartige Vereine in Breslau. Nach der Auflösung richteten die früheren Mitglieder eines dieser Vereine ein Gesuch an den Herrn Minister und baten um Mittheilung der Bedingungen, unter denen der Verein aufs Neue errichtet werden könne. Es wurden nun die Unterzeichner des Gesuches aufgefordert, die Statuten des Vereins einzufenden. Nachdem dies geschehen, haben die Mitglieder vom Ministerium folgenden abschlägigen Bescheid erhalten: „Aus den eingeleiteten Statuten gehe hervor, daß der neu zu errichtende Verein ein polnischer sein solle; dazu könne aber nicht die Erlaubnis erteilt werden, da dies dem im vorigen Jahre erlassenen Ministerial-Rescripte widersprechen würde.“

Karlruhe, 26. Febr. Der „Bad. Beobachter“ schreibt: „Württemberg hat 4 Centrumsstühle, Baden 2. In dem fast ganz katholischen Städtchen Stodach erhielt der Centrums-candidat Dr. Wehrle — 3 Stimmen!!! Ist nicht dieses faul, ergaul bei uns in Baden? Wodurch Andere durchaus nicht ins Wanken gebracht werden, das genügt für Baden vollständig, die Leute stutzig, zurückhaltend, wankelmützig zu machen. Von anderer Seite lassen sie sich dann sofort beherrschen.“

Erfreulicher lauten folgende Ziffern des genannten Blattes: für die „Kulturkämpfer“ wurden abgegeben in Summa 148,520 Stimmen in Baden, für die kathol. Volkspartei 112,818 Stimmen, für die Socialdemokraten 12,807.

Trotz allem Kriegsgeschrei, trotz allem Toben, als seien Centrumsmänner Feinde gegen Kaiser und Reich, trotz den diabolischen Wankreden mit der Autorität des hl. Vaters, haben sich also in Baden 113,000 Männer gefunden, auf welche wir Bismarcks Wort anwenden: „Ein deutsches Herz kennt keinen Appell an die Furcht.“ Diese 113,000 Stimmen haben allerdings nur 2 Abgeordnete errungen, während ihnen im Verhältnis zur Gesamtstimmengahl mindestens 6 hätten zukommen müssen.

München, 1. März. Ein Correspondent der „A. Ztg.“ schreibt: Die „dritte“ päpstliche Note hat sich also inzwischen in ein Telegramm aufgelöst, welches zu Ende Januar an den Nuntius in München gelangt und worin eine erneute Mahnung an das Centrum enthalten gewesen sein soll, für das Septennat einzutreten. Sie haben sofort an diese Mittheilung der Nordd. Allg. Ztg. die Bemerkung geknüpft, daß hiernach offenbar noch eine vierte Rundgebung des Voticans erfolgt sei, diejenige, auf welche Frh. v. Hertling in Koblenz angepielt habe. Die Richtigkeit dieser Vermuthung ist seitdem in verschiedenen katholischen Blättern bestätigt worden. Ich will heute, um keinerlei Zweifel mehr aufkommen zu lassen, noch hinzufügen, daß jene vierte Rundgebung — kein Telegramm, sondern ein längeres Schreiben an den Herrn Nuntius — das Datum des 9. Februar trägt. Dieser Umstand ist in mehr als einer Beziehung beachtenswerth. Das von der Nordd. Allg. Ztg. angeführte Telegramm, von dem man bisher nichts wußte, und dessen Wortlaut auch jetzt nicht vorliegt, wurde Ende Januar abgefaßt, also mindestens acht Tage bevor die Jacobinische Note vom 21. Januar ihren Rundgang durch die europäische Presse antrat, bevor man im Vatican etwas über die Wirkung der unerwarteten Veröffentlichung wissen konnte, bevor irgend welche Rückführungen kirchlicher Stellen hatten nach Rom gelangen können, bevor die Mitglieder und die Presse des Centrums Stellung dazu genommen hatten. Am 6. Febr.

stand die große Versammlung im Gürzenich in Köln statt. Herr Windthorst, der eigentliche Zielpunkt der gegen das Centrum gerichteten Machinationen, sprach sich über die Bedeutung und Tragweite der Jacobinischen Note aus, es wurde die Parole ausgegeben, die alten Abgeordneten wieder zu wählen, und nun erfolgte unter dem 9. Februar jene neue Rundgebung, worin der hl. Vater seinen Wunsch ausspricht, es möge das Centrum in alter Stärke aus den Wahlen hervorgehen und es möge unter seinen bisherigen Leitern fortbestehen. Ich glaube kaum, daß noch die Nordd. Allg. Ztg. und ihre Hintermänner, um mit dem Fürsten Bismarck zu reden, einen Teil im Spiele haben. Oder sollte es die bereits angekündigte Warnung vor einer Unterfütterung der social-demokratischen Bestrebungen sein? Man wird gut thun, vorläufig zu bezweifeln, daß der h. Vater eine solche Mahnung an das Centrum richten werde. Ihr wirkliches Erscheinen würde nur zeigen, bis zu welchem Grade es centrumsfeindlichen Einflüssen gelingen wäre, die Sachlage zu fälschen. Anständige Menschen braucht man nicht davor zu warnen, daß sie keine stöbernden Köpfe seien, und unverschämte Gegner nicht zu ermahnen, daß sie sich doch ja nicht gegenseitig unterfüttern möchten. Ich füge noch bei, daß, wie mir aus besserer Quelle mitgetheilt wird, den deutschen Bischöfen nach der Note vom 21. Januar weder officiell noch vertraulich, weder direct noch indirect eine auf die politischen Verhältnisse in Deutschland bezügliche Rundgebung aus Rom zugegangen ist.

Kempten, 1. März. Pfarrer Schelbert in Maria-Rein, bisher Reichstagsabgeordneter (S. Schwaben), ist heute Morgen in Folge eines Schlaganfalls gestorben.

Italien.

Rom, 28. Febr. Der Papst sandte 20,000 Frcs. für die vom Erdbeben Betroffenen.

Aus Rom wird der „Polit. Corresp.“ geschrieben: Das Centrum kehrt in voller Stärke und neu gekräftigt durch die warme Anerkennung seiner Verdienste seitens des heiligen Stuhles in den Reichstag zurück. Man wünscht und erwartet im Vatican, daß das Centrum auch fernerhin für die allgemeinen und besonderen Interessen der Kirche mit allem Eifer eintreten werde. Das nächste päpstliche Consistorium wird in den ersten Märztagen, nach der Feier des 9. Jahrestages der Krönung des Papstes Leo XIII., stattfinden.

Es gilt nunmehr als nahezu gewiß, daß Mgr. Rampolla nach erfolgter Erhebung zur Cardinalwürde auf den Posten des päpstlichen Staatssecretärs an Stelle Jacobini's berufen werden wird.

Rom, 2. März. Der „Moniteur de Rome“ meldet, daß Priester-Seminar in Genua wieder eröffnet werden.

Die Gerüchte über eine Versöhnung Italiens mit dem Vatican, so wird der „Germania“ aus Rom geschrieben, auf Grund einer moralischen Intervention des Fürsten Bismarck entbehren jeder thatsächlichen Unterlage. Ich bin in der Lage, versichern zu können: weder hat der Vatican zum Fürsten Bismarck etwas in dieser Hinsicht begehrt, noch hat dieser dem Vatican einen Vorschlag gemacht. Die Combinationen, die auf Grund der Jacobinischen Briefe hierorts gemacht wurden, sind daher ohne allen Werth. Weit entfernt davon, eine Verständigung mit dem Vatican einzuleiten, steht die italienische Regierung wieder im Begriff, dem Parlament neue antikirchliche Gesetze vorzulegen.

Stichwahlen.

Elberfeld-Barmen: Gewählt Harm, S. 18411 gegen Peters, R. 16966.

Köln-Stadt. Glänzender Sieg! Dr. Braubach C. gegen Rennen Septennatalkandidat, mit 13799 gegen 8932 Stimmen gewählt. — Bei der Stichwahl am 10. November 1884 erhielten der Candidat der Centrumpartei 12722, der Candidat der Liberalen 7060; zerplittert und ungünstig waren 102 Stimmen. Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 19782.

Berlin I: Gewählt Klotz F. 9081 gegen Frh. v. Bedt. 7797.

Berlin II: Gewählt Birchow F. 27075 gegen Wolff co. 20817.

Berlin III: Gewählt Mundel F. 11260 gegen Christensen S. 16559.

Berlin V: Gewählt Baumbach F. 12815 gegen Blume 8339.

Stettin: Gewählt Brömel F. 8344, gegen Leistikow R. 6817 Stimmen. Die Socialisten stimmten für Brömel.

Bromberg: Dahn C. ist gegen Romierowski P. gewählt.

Danzig Stadt: Gewählt Schrader F. mit 5881 St. Mehrheit gegen Böhm R.

Königsberg: Hoffmann R. mit 12148 gegen Gohau S. 9144 St. gewählt.

Breslau Ostbezirk: Oberpräsident v. Seydewitz conf. mit 11077 (vorher 8243) Stimmen gegen Kahler S. 10070 St. (vorher 7742) gewählt.

Breslau Westbezirk: Kräder S. mit 10740 (vorher 7999) gegen Landgerichtsdirector Witte R. mit 10207 (vorher 7313) Stimmen gewählt.

Waldburg in Schlesien, 1. März. In heutiger Stichwahl wurde neugewählt Commerzienrath Dr. Weßky in Wäpeltersdorf (Nation.-Lib.) mit 10980 Stimmen gegen den bisherigen Vertreter Stadthandicus Dr. Eberly in Berlin (Deutschfr.) auf den 10825 Stimmen fielen.

Lübeck, 1. März. Bei der heute vollzogenen Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen Fehling und dem Socialisten Schwarz erhielt Ersterer 7200, Letzterer 5100 Stimmen, Fehling ist somit gewählt.

Bremen: Gewählt Bulla F. 15,845 Stimmen, Meier R. 12,823.

Dresden (Altstadt): Gewählt Hufsch R. mit 19,655 gegen Bebel S. mit 10,081 Stimmen.

Heidelberg: In einer unserer früheren Mittheilungen ist der Abg. Menzer als Centrumsmitglied aufgeführt worden, während derselbe bekanntlich zur conservativen Partei gehört.

Wärzburg: Gewählt Roß C gegen v. König R.

Frankfurt a. M.: Gewählt Sabor S. 12865, gegen Mehlert R., 12680 Stimmen.
Halle a. S.: Dr. Alexe Mayer F. ist gegen Täglichsbed R. gewählt.

Rheinland-Westfalen.

S. Neuss, 2. März. (Schöffensitzung.) Grober Unfug wurde mit 3, 4 resp. 8 Tagen Haft bestraft; in einem anderen Falle wurde bei Einspruchserhebung die Strafe von 3 M. auf 1 M. 50 Pfg. resp. 1 Tag Haft ermäßigt. — Die rohe Mißhandlung eines Pferdes mußte ein Fuhrmann mit 3 Tagen Haft büßen. — Jagdschrevel kostete dem Angeklagten 1 Monat Gefängnis. — Wegen Schulden wurde wegen Kohlenbetrugs auf Verweis resp. 6 Tage Gefängnis erkannt, ein Schüler war nicht erschienen und wurde zu dem neuen Termine Vorführung angeordnet. — Das Benehmen einer Wagenlaterne brachte zwei Handelsleuten je 2 Tage Gefängnis ein. — In einer Privatklagesache wegen wörtllicher und thätlicher Beleidigung erfolgte Freisprechung, jedoch wurde der Beschuldigte in die Kosten verurtheilt. — Nächste Sitzung am 9. cr.

+ Demmerden, 2. März. Nachdem uns vor Kurzem Herr Caplan Heller, welcher nach dem Tode des Herrn Pfarrers Köfers die hier in der Seelforge entfallene Lücke in bester Weise ausfüllte, verlassen, um dem Rufe der geistlichen Behörde nach Köln zu folgen, feierten wir am vorigen Sonntag Nachmittag, begünstigt vom schönsten Wetter, die Einführung des zum hiesigen Pfarrer (bezw. Hilfsgeistlichen) ernannten Herrn Engelbert Reuten, gebürtig in Neuss, bisher Pfarrer in Hockbach. Während der hochw. Herr am Bahnhofe zu Capellen von einer Deputation des vorbereitenden Festcomit'es empfangen und begrüßt wurde, und diese mit ihm in einer stattlichen Wagenreihe dem Dorfe zufuhren, stellte sich die Gemeinde bei dem ersten Triumpheingange auf, wo der Herr Pfarrer bei seiner Ankunft von dem bisherigen Pfarrverwalter Herrn Niepenhausen und dem Herrn Bürgermeister Vertmann Namens der Gemeinde begrüßt und bewillkommnet wurde. Er wurde nun von seiner Gemeinde, umgeben von einer Schaar weißgekleideter Mädchen, welche Guirlanden, Blumen und Blumenkränze trugen, durch das festlich geschmückte Dorf zur ebenfalls schön geschmückten Kirche geführt. Hier wurde ihm der Schlüssel der Kirche überreicht. Nachdem er diese geöffnet und die Gemeinde sowie die Fremden, welche in großer Zahl erschienen waren, den großen Raum derselben gefüllt, begann der feierliche Gottesdienst, während dessen der Herr Pfarrer sein erstes Wort an seine Gemeinde richtete. In schöner Weise leitete er seine eigenen Pflichten und die seiner Gemeinde her aus seinem dreifachen Amte als Lehrer, Priester und Hirte. — Nach der Feier in der Kirche, wo wieder, wie vor derartigen, Vollerzählung erbrachten, fand in der Pastorat zunächst die Vorstellung der verschiedenen kirchlichen Corporationen statt. Dann trat der hochw. Herr vor die Schulpforte, die ihm in Gegenwart vieler Erwachsener noch eine besondere Ovation bereite. Mit einem Hoch auf den Herrn Pfarrer wurde die schöne Feier, die sowohl der Gemeinde, wie ihrem neuen Seelenhirten sehr zur Ehre gereichte, programmäßig geschlossen; denn wegen der Faltzeit, wie auch wegen der Winterzeit hatte das Festcomit'e in tactvoller Weise, eine Abendfeier zu halten, nicht in Aussicht genommen, wodurch es zugleich dem Wunsche des Herrn Pfarrers entsprach.

Düsseldorf, 1. März. Von einem Mainzer Weinhändler bezog ein hiesiger Herr ein Faß Wein. Schon nach dem Genuße einer dem Faße entnommenen Probe zeigten sich bedenkliche Wirkungen, und die chemische Analyse ergab, daß der Wein schädliche Zusätze enthielt. Auf die Mittheilung an den Weinhändler nahm dieser eilends das Faß zurück und bezahlte die Kosten der chemischen Untersuchung.

Duisburg, 1. März. Wir lesen in der „Duisb. Ztg.“: „Da schlägt die Politik gar wie eine Bombe in die nächsten Liebe, in die Küche und — in den Hefestamm. Das hat nämlich hier ein Familienvater mit sechs unmündigen Kindern erfahren, der, von einer schweren Krankheit sich erholend, zu Mittag etwas Stärkendes bei einer hiesigen gut situierten Familie empfing, aber nur bis zum Tage nach der Wahl; da erhielt er von der großen Wohlthäterin den Bescheid, er möge sich nur beim Kaplan das Essen holen lassen! Der Mann hatte sich nämlich in dem von der Centrumpartei gemieteten Wagen zum Wahllokal bringen lassen.“

Köln, 1. März. Die „A. Ztg.“ berichtet: Ausgesprochen durch große Frömmigkeit ist ein Wahlaufruf, mit welchem unsere braven Nationalliberalen den Herrn Präsidenten kennen empfehlen. Es heißt darin: „Stehet treu zu Kaiser und Reich, blicket auf zu Gott, dem allmächtigen Hort, der auf euch hieniedersehend; greift an euer Brust und fraget euer Gewissen, und es wird euch antworten: „Seid alleammt deutsche Männer!“ Raffet euch auf in der Stunde der Gefahr, und der Segen des Himmels wird auf euch ruhen. Laßt Euch nicht beirren durch das unwürdige Treiben einer hässlichen Sippe von Vaterlandsfeinden, welche in den Spalten einer „Kölnischen Volkszeitung“, eines „Rheinischen Merkur“, einer „Germania“ ihr Unwesen treiben, mit frivolster Lüge und mit den Entstellungen und Verzerrungen, welcher verkommenen Menschen nur immer fähig sein können.“ Im weiteren Verlauf wird sogar die Hölle denjenigen in Aussicht gestellt, so Herrn kennen nicht wählen. Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt für den Candidaten der Kulturkämpfer — das ist nicht mehr zu überbieten.

Köln, 3. März. Der Fabrikbesitzer Commerzienrath Emil Pfeiffer hat dem Gymnasial- und Stiftungs-Fonds hieselbst eine Studien-Stiftung von 100,000 M. zugewendet. Diefem Geschenke ist, laut „A. Ztg.“, die landesherliche Genehmigung erteilt worden.

Nachen, 2. März. Herr Barthold Suermont, welcher bekanntlich durch Schenkung seiner kostbaren Gemälde-Sammlung die erste Anregung zur Gründung unseres Museums gab, ist gestern gestorben.

Wohlt, 1. März. Der Schmuggler steht in unserem Grenzgebiete zur Zeit in äppigstem Flor. Zu Anhalt wurde dieser Tage ein prächtiger Apfelschimmel im Werthe von

600 M., hier Schmuggler entführt. Münster i. W. Stadtbauer Feinbauer, hat die seit Bestehen der Summe 1,300,000 ten vorstehende glieder mehr aufgenommen hat.

Aus dem Münster hat a lassen, laut wel Orten des Bis Münster der Zeitung derselbe Ortsgeistliche, beitervereinswe vorsteher der übertragen wor schlüsse der le Vereine wird ganda auch in werden dürfen.

Meininge wurde am 24. Preisen Aufstehe stand, der Todt lagst, der Frh greben bei Gise gart schwer b verwundete ihn lehte nach läng auf die Nachric Gericht und far und der schwer fassung, daß ih geistlich zulässi wird der Angeb statt des Her-n schossen worden gerettet so gut

Land: r — Zur Fr dem „Hamb. C ist von 1884 k (oder 60 Kopek) wurde dann an zu verdoppeln; 1886 stattgehabt welche verlangt Eifeneinfuhr be werden soll, bis Mit diesen Bos die obergeschaff indutrie schwer digte allmählich zustimmen. I verhörfert werd Differentialzoll treff der Kohle die baltischen S die deutsch-russ

Neuss, 2. zu beachtende rung gekommen in einem ander welchem das v auch wenn sie 2c. haben, so b wären, und ha Wird von eine liche Zahl von Vermaltung da thümer die Ve einer Station u unter Benachd — i. Köln. Handelslam Schaffung eine ik. Die Ueber Hände des St jedoch soll der den. — Bezügl Berlin-Bliffung Interesse. Weg im Rheine will werden. Der für unbegründ Refutierung d

Berlin, 1 von Bälw „Ztg.“ Bg. ich himmige Veru digung des R selbe hat nach „Circus Hälfer besch. Die, fragt sich verg

Rath Emil
 ds hierelbst
 det. Diefem
 e Genehmi-
 ndt, welcher
 ilde-Samm-
 s Museum
 in unserem
 nholt wurde
 Berthe von

Berlin, 1. März. Die Ausweisung des Hrn. Hans von Bülow aus dem Opernhause macht hier, wie man der *Artz. Btg.* schreibt, sehr großes Aufsehen und findet fast eine stimmige Verurtheilung. Der Befehl zu dieser rohen Beleidigung des Künstlers muß neuesten Datums sein, denn der selbe hat nach seiner bekannten tactlosen Aeußerung über den „Circus Hülken“ das Opernhaus noch zweimal unbeantstand besucht. Die *Nat.-Btg.* schreibt über diesen Vorgang: „Man fragt sich vergeblich nach dem Grunde, ja nur nach der Ent-

1 Rg. Weizen, — Rg. Roggen, 2500 Rg. Gerste u. — Rg. Hafer

keine erwähnenswerthen Nachrichten vor.

Heinr. Jos. Schmitz Nachf.